

*Beschleunigtes Handeln für gesündere Menschen, einen blühenden Planeten
und eine nachhaltige Zukunft*

**Siebte Ministerkonferenz
Umwelt und Gesundheit**

EURO/Budapest2023/6

**Budapest, Ungarn
5.–7. Juli 2023**

**27. Juni 2023
Original: Englisch**

**Erklärung der Siebten Ministerkonferenz Umwelt und Gesundheit
(Entwurf)**

Wir, die für Gesundheit und Umwelt zuständigen Minister und Vertreter der Mitgliedstaaten der Europäischen Region der Weltgesundheitsorganisation (WHO), sind zur Siebten Ministerkonferenz Umwelt und Gesundheit zusammengekommen, die von der ungarischen Regierung vom 5. bis 7. Juli 2023 großzügigerweise in Budapest ausgerichtet wird, um unser gemeinsames Engagement für gesündere Menschen, einen erblühenden Planeten und eine nachhaltige Zukunft zu verstärken.

Alarmiert über die erhebliche und anhaltende Belastung durch umweltbedingte Risikofaktoren in der Europäischen Region der WHO, die für mindestens 1,4 Millionen vorzeitige Todesfälle pro Jahr verantwortlich sind, von denen 569 000 auf die Luftverschmutzung in der Umgebung und 154 000 auf die Luftverschmutzung in den Haushalten zurückzuführen sind, und *besorgt* darüber, dass umweltbedingte Risiken zu einem Viertel aller nicht übertragbaren Krankheiten weltweit beitragen, darunter Krebs, Herz-Kreislauf- und Atemwegserkrankungen sowie psychische und infektiöse Krankheiten,

besorgt über die “dreifache Krise”, die durch das Ineinandergreifen von Klimawandel, Umweltverschmutzung und Verlust an Biodiversität auftritt und sich beispiellos und rapide auf unser Leben auswirkt und die Ökosysteme, die Gesundheit von Mensch und Tier und das Wohlergehen aller Generationen in unserer Region bedroht,

den Umstand *aner kennend*, dass das Zusammentreffen der Coronavirus-Erkrankung (COVID-19) mit der Umwelt- und Klimakrise die bestehenden Umwelt- und Gesundheitsbelastungen und Ungleichheiten unter und in den Ländern verschärft hat. Auch ist die gesamte gegenseitige Abhängigkeit der Gesundheit von Mensch, Tier, Pflanzenwelt und Ökosystem sowie die Notwendigkeit hervorzuheben, Zusammenhänge zwischen den Ursachen für den Verlust an Biodiversität, die Zerstörung der Ökosysteme, den Klimawandel und das Auftreten und die Ausbreitung von Infektionskrankheiten besser zu verstehen und zu belegen, sowie der Umstand, dass der Druck auf die Biodiversität dringend abgebaut und die Umweltzerstörung verringert werden muss, damit Gesundheitsrisiken begrenzt werden,

besorgt über die zunehmende Bedrohung der psychischen Gesundheit und des Wohlbefindens, auch durch Umweltängste junger Menschen, die durch die konvergierende Klima- und Umweltkrise hervorgerufen werden, und im Bewusstsein der die Gesundheit schützenden und

fördernden Nebeneffekte, die durch Konzepte für ein positives Verhältnis zu Natur und zu Grün- und Blauflächen entstehen,

unter Betonung der Wichtigkeit einer Einbeziehung der Umwelt- und Klimaaspekte in die Gesundheitssysteme für das Erreichen einer qualitativ hochwertigen Versorgung und einer allgemeinen Gesundheitsversorgung,

die Tatsache *unterstreichend*, dass Frieden eine Voraussetzung für nachhaltige Entwicklung ist, und in Anerkennung des Rechts auf eine saubere, gesunde und nachhaltige Umwelt,

in dem Bewusstsein, dass die derzeitige Energiekrise eine weitere Beschleunigung eines chancengleichen und gerechten Übergangs zu sauberen und nachhaltigen Energiequellen erforderlich macht, und besorgt darüber, dass einzelne Länder Klimazusagen zur Überwindung der Energiekrise im Widerspruch zum Pariser Abkommen zurücknehmen könnten, sowie unter Hinweis auf die dringende Notwendigkeit einer raschen, anhaltenden und nachhaltigen Verringerung der Treibhausgasemissionen sowie der Gewährleistung von Energiesicherheit für alle Länder, Regionen und Menschen, insbesondere die schwachen und ausgegrenzten,

den Umstand betonend, dass eine erfolgreiche Bewältigung komplexer, mehrdimensionaler Herausforderungen in einer interdependenten Welt dringende, integrative, sektorübergreifende und transformative Maßnahmen für eine gesunde, umweltfreundliche und nachhaltige Erholung von der COVID-19-Pandemie erfordert, wie es die Konzepte "Eine Gesundheit" und Gesundheit des Planeten vorsehen,

in Anerkennung der Bedeutung von Planung und Investitionen in gesundheitsförderliche und chancengleiche Umfelder für eine nachhaltige Entwicklung, einschließlich der natürlichen und der bebauten Umwelt sowie der Bereitstellung grundlegender Dienstangebote, für die Entstehung widerstandsfähiger und gesunder Gemeinschaften,

in Anerkennung der zentralen Rolle lokaler und subnationaler staatlichen Ebenen für die Förderung von Innovationen, die Verbesserung der Vorsorge, die Verringerung von Ungleichheiten, einschließlich geschlechtsspezifischer Ungleichheiten, und die Stärkung der Widerstandsfähigkeit,

eingedenk der Resolution 76/300 der Generalversammlung der Vereinten Nationen über das Menschenrecht auf eine saubere, gesunde und nachhaltige Umwelt und der dringenden Notwendigkeit, die Ziele der bestehenden internationalen Verpflichtungen in den Bereichen Gesundheit, Umwelt, Klima und biologische Vielfalt zu erreichen, sowie der einschlägigen Resolutionen der Weltgesundheitsversammlung und des WHO-Regionalkomitees für Europa, einschließlich des Europäischen Arbeitsprogramms 2020-2025, "Gemeinsam für mehr Gesundheit in Europa",

die Rolle *aner kennend*, welche die Mitgliedstaaten der Europäischen Region der WHO spielen, und die Politikbereiche und Rechtsvorschriften der Europäischen Union (EU) zur Kenntnis nehmend, die für Umwelt und Gesundheit relevant sind, hierunter der europäische Grüne Deal, die globale Gesundheitsstrategie der EU, die Rahmenprogramme für Forschung und Innovation Horizont 2020 und Horizont Europa, die Verordnung zu schwerwiegenden grenzüberschreitenden Gesundheitsgefahren, der europäische Plan zur Krebsbekämpfung und die Pflegestrategie, für die Unterstützung nationaler politischer Entwicklungen in einer Vielzahl europäischer Länder,

in Würdigung der Rolle des Prozesses Umwelt und Gesundheit in Europa (EHP) und seiner Ministerkonferenzen und Erklärungen als eines einzigartigen Katalysators für die Festlegung der politischen Agenda, als eines Motors für sektorübergreifende Maßnahmen zur Bewältigung der

vorrangigen Umwelt- und Gesundheitsprobleme in der Europäischen Region und als eines Beschleunigers für die Verwirklichung der umwelt- und gesundheitsbezogenen Ziele für nachhaltige Entwicklung auf halbem Wege zur Agenda 2030,

geben wir die folgenden Zusagen:

1. Wir werden den gerechten Übergang zu widerstandsfähigen, gesunden, gerechten und nachhaltigen Gesellschaften beschleunigen und dabei die aus der COVID-19-Pandemie gezogenen Lehren berücksichtigen. Dabei werden wir einen zweigleisigen Ansatz verfolgen:
 - Einerseits werden wir unsere Anstrengungen in den Bereichen Prävention, Vorsorge, Früherkennung und Gegenmaßnahmen für den Notfall verstärken, um alle Menschen, insbesondere gefährdete Bevölkerungsgruppen, zu schützen. Diese Maßnahmen zielen auf verbesserte Belastbarkeit der Gesundheitssysteme und ihrer Fähigkeit, Katastrophen und Krisen zu widerstehen und angemessen zu beantworten.
 - Andererseits werden wir uns verstärkt bemühen, die umweltbedingten Determinanten von Krankheit anzugehen.
2. Wir werden der Bewältigung gesundheitlicher Herausforderungen in Verbindung mit der dreifachen Krise durch Klimawandel, Umweltverschmutzung und Verlust an Biodiversität Vorrang einräumen, unter anderem durch ein verstärktes Engagement des Gesundheitssektors in diesen Bereichen und durch die Anerkennung der zentralen Bedeutung dieser Faktoren für die globale Gesundheitsagenda. Insbesondere werden wir:
 - Die Maßnahmen des Gesundheitssektors zur Bewältigung der Auswirkungen des Klimawandels verstärken, etwa indem die Gesundheitssysteme ökologisch nachhaltiger gestaltet, dekarbonisiert und klimafest gemacht werden,
 - die Maßnahmen zur Verringerung der gesundheitlichen Auswirkungen der Umweltverschmutzung ausweiten, indem sowohl vorhandene als auch neue ökologische Risikofaktoren angegangen werden,
 - die Natur und die Biodiversität in die Umwelt- und Gesundheitspolitik sowie in die Umsetzung des Konzepts "Eine Gesundheit" einbeziehen,
 - einen allgemeinen und chancengleichen Zugang zu grundlegenden Angeboten wie sicherer Wasserversorgung, Abwasserentsorgung und Hygiene, Energie- und Lebensmittelversorgung, Abfall- und Abwasserwirtschaft sowie zu gesunden und nachhaltigen Verkehrssystemen anbieten,
 - eine sichere, saubere und gesunde bebaute Umgebung in allen Bereichen fördern.
3. Für diesen Zweck setzen wir uns ein für:
 - die Stärkung der Verflechtungen zwischen den Bereichen Umwelt und Gesundheit, etwa durch: eine transformative Leitung für Umwelt und Gesundheit, ein Arbeitskräfteangebot mit integrierten und aktuellen Kompetenzen für Umwelt und Gesundheit, Forschung und Innovation,
 - die Verfolgung eines gesamtstaatlichen und gesamtgesellschaftlichen Ansatzes, wobei gefährdeten Bevölkerungsgruppen und indigenen Gemeinschaften besondere Aufmerksamkeit gewidmet wird.
4. Zur Ermöglichung dieses Übergangs sagen wir zu, den "Fahrplan für gesündere Menschen, einen blühenden Planeten und eine nachhaltige Zukunft 2023-2030" als integralen Bestandteil dieser Erklärung zu verwenden und die im Fahrplan genannten "Beschleuniger" dafür zu nutzen, den Übergang zu widerstandsfähigen, gesunden, gerechten und nachhaltigen Gemeinschaften zu erleichtern.
5. Wir bekräftigen die in der Erklärung von Ostrava 2017 "Bessere Gesundheit, bessere Umwelt, nachhaltige Entscheidungen" eingegangenen Zusagen und die anhaltende Relevanz der darin genannten prioritären Bereiche, wobei wir die Verbindungen zwischen Natur, Biodiversität

und Gesundheit als neue Handlungspriorität hinzufügen. Wir werden die Umsetzung der nationalen Handlungskataloge für Umwelt und Gesundheit weiterentwickeln und verbessern.

6. Wir werden weiterhin Fortschritte in der Umsetzung unserer Zusagen messen und darüber berichten, indem wir nationale Berichtsverfahren zum Erreichen der Ziele für nachhaltige Entwicklung und andere einschlägige Rahmen nutzen.
7. Wir werden die Aktivitäten der Sonderarbeitsgruppe Umwelt und Gesundheit (EHTF) und ihres Präsidiums als treibender Kraft für die Umsetzung der in dieser und früheren Erklärungen, insbesondere der Erklärung von Ostrava, eingegangenen Zusagen unterstützen und fördern.

Gemeinsames Handeln durch Maßnahmen und Partnerschaften:

8. Wir bekennen uns zu intensivierten Bemühungen, mit den relevanten Partnern und Interessengruppen zusammen die Umsetzung unserer Zusagen zu verbessern. Wir schaffen mit den "EHP-Partnerschaften" einen neuen, freiwilligen und geschmeidigen Mechanismus zur beschleunigten Einführung neuer Ansätze, zur Förderung wechselseitiger Unterstützung, zum Wissens- und Erfahrungsaustausch, als Plattform für gemeinsames Handeln mit verbesserten Chancen für "Paarläufe" (siehe Anhang II, Aufgabenbereich der EHP-Partnerschaften).
9. Wir werden uns weiterhin für eine wirksame, integrative und handlungsorientierte Einbeziehung der Zivilgesellschaft, der Wissenschaft, des Privatsektors, der lokalen Gemeinschaften und anderer Interessengruppen in den Entscheidungsprozess auf allen Ebenen einsetzen. Wir werden Mittel und Wege finden und Instrumente zur Kommunikation, Sensibilisierung und Förderung des Wissens über die Zusammenhänge zwischen Gesundheit, Umwelt und Klimawandel weiterentwickeln. Unser Ziel ist es, den Zugang zu Informationen zu und die Beteiligung der Öffentlichkeit an umwelt- und gesundheitsbezogener Entscheidungsfindung zu verbessern.
10. Wir werden die Ratifizierung bzw. Umsetzung multilateraler Übereinkommen unterstützen, die für diese Agenda von Bedeutung sind, wie etwa das Protokoll über Wasser und Gesundheit, das Übereinkommen über weiträumige grenzüberschreitende Luftverschmutzung, einschließlich des Göteborger Protokolls, und der einschlägigen internationalen Übereinkommen über gefährliche Chemikalien und ihre Gemische, Abfall und des Übereinkommens über die biologische Vielfalt.
11. Wir begrüßen die Resolution 5/14 zum Thema "Schluss mit der Plastikverschmutzung - Auf dem Weg zu einem internationalen rechtsverbindlichen Instrument", die auf der fünften Tagung der Umweltversammlung der Vereinten Nationen angenommen wurde.
12. Wir begrüßen die Zusagen aus der Wiener Erklärung "Eine bessere Zukunft bauen – die Weichen stellen für eine neue, saubere, sichere, gesunde und integrative Mobilität" und werden das Paneuropäische Programm für Verkehr, Gesundheit und Umwelt (THE PEP) und seine Durchführungsverfahren weiter unterstützen.
13. Wir werden das Gesunde-Städte-Netzwerk der WHO und das Netzwerk "Regionen für Gesundheit" weiter dazu nutzen, Demonstrationsprojekte zu entwickeln und den Wissens- und Erfahrungsaustausch zu erleichtern.
14. Wir werden die Europäische Koalition für Umwelt, Gesundheit und Jugend (European Environment and Health and Youth Coalition - EEHYC) und andere internationale Jugendorganisationen auf internationaler, regionaler, nationaler und lokaler Ebene unterstützen und befähigen, ihre Aktionen noch relevanter für Politikgestaltung und -umsetzung relevanter zu machen.
15. Wir werden die nächste Ministerkonferenz für Umwelt und Gesundheit im Jahr 2030 einberufen.

16. Wir werden alle Anstrengungen unternehmen, die erforderlichen Mittel auf nationaler und internationaler Ebene zu beschaffen, und bitten die Leitungsgremien der WHO und der UNECE um ihre Unterstützung in enger Zusammenarbeit insbesondere mit dem UNEP und anderen einschlägigen UN-Einrichtungen und internationalen Organisationen in der Region.
17. Wir danken der ungarischen Regierung für die Ausrichtung dieser Konferenz und wir bedanken uns sowohl bei der Regierung als auch der Bevölkerung Ungarns für die herzliche Gastfreundschaft.

Unterzeichnet in Budapest, Ungarn, am 6. Juli 2023

ANHANG 1

FAHRPLAN FÜR GESÜNDERE MENSCHEN, EINEN BLÜHENDEN PLANETEN UND EINE NACHHALTIGE ZUKUNFT 2023-2030

Dieser Fahrplan ist integraler Bestandteil der Erklärung der Siebten Ministerkonferenz Umwelt und Gesundheit.

Er beschreibt eine Reihe von Maßnahmen, welche die Mitgliedstaaten in Erwägung ziehen sollten, um die Umsetzung der in dieser Erklärung eingegangenen Zusagen zu erleichtern und Fortschritte in der Verhinderung und Verringerung gesundheitlicher Folgen des Klimawandels, der Umweltverschmutzung und des Verlusts an Biodiversität sowie in der Stärkung der Leitungsfunktionen, der Humanressourcen, der Finanzierung und des Wissens im Bereich Gesundheit und Umwelt zu beschleunigen.

Der Fahrplan unterstreicht auch die Notwendigkeit, die flächendeckende Versorgung mit wesentlichen gesundheitsrelevanten Dienstleistungen wie Wasserversorgung, Abwasserentsorgung und Hygiene, Abfall- und Abwasserwirtschaft sowie gesunde und nachhaltige Mobilitäts- und Verkehrswesen gerecht, nachhaltig und widerstandsfähig zu verbessern. Die ordentliche Planung der bebauten Umgebung wird als potenzielle Wegbereiterin für zweckdienliche Maßnahmen anerkannt, was für die Verwirklichung der Ziele für nachhaltige Entwicklung in der Europäischen Region der WHO von überragender Bedeutung sein wird.

A. Priorisierung von Maßnahmen zur Bewältigung der drängendsten gesundheitlichen Herausforderungen im Zusammenhang mit Klimawandel, Umweltverschmutzung und Verlust an Biodiversität

Klimawandel

Warum dringend gehandelt werden muss

Zwischen 1991 und 2021 haben sich die Temperaturen in der Europäischen Region der WHO durchschnittlich um etwa 0,5 °C pro Jahrzehnt erwärmt. Das ist mehr als doppelt soviel wie der weltweite Durchschnitt und macht die Region zur Spitzenreiterin in Bezug auf die globale Erwärmung. Das zeigt, wie dringend notwendig es ist, die Treibhausgasemissionen deutlich zu reduzieren und etwas gegen die Folgen des Klimawandels für die Gesundheit und das Wohlergehen der Menschen zu unternehmen. Der Klimawandel beeinträchtigt die Gesundheitssysteme und verursacht übertragbare sowie nicht übertragbare Krankheiten, einschließlich psychischer Erkrankungen, durch kurzfristig extremes Wetter (etwa Hitzewellen, Überschwemmungen, Dürren, Waldbrände) und längerfristige Entwicklungen (etwa Wasserknappheit, Auftauen des Permafrosts). Zu den indirekten Auswirkungen gehören die Ausbreitung von durch Vektoren, Lebensmittel und Wasser übertragene Krankheiten, Allergien, die Beeinträchtigung der Lebensmittel- und Wasserversorgung, ein vermindertes Wohlbefinden und eine geringere Arbeitsproduktivität, insbesondere in vulnerablen Bevölkerungsgruppen.

1. **Unser Engagement:** Wir werden unsere Bemühungen zur Bewältigung der Auswirkungen des Klimawandels auf Gesundheit und Wohlbefinden durch Anpassungs- und Abmilderungsmaßnahmen des Gesundheitssektors und gesundheitsrelevanter Bereiche verstärken, indem wir:
making health systems and facilities climate-resilient and environmentally sustainable, and by striving for decarbonizing service delivery in alignment with the COP26 Health Programme;

1. die Gesundheitssysteme und -einrichtungen klimafest und ökologisch nachhaltig machen und die Dekarbonisierung der Dienstleistung im Einklang mit dem COP26-Gesundheitsprogramm anstreben,
2. gesundheitsbezogene Ziele in der nationalen Planung festlegen, insbesondere in den national festgelegten Beiträgen (Nationally Determined Contributions, NDC) gemäß Pariser Abkommen unter dem Rahmenübereinkommen der Vereinten Nationen über Klimaänderungen,
3. nationale Anpassungspläne für das Gesundheitswesen (H-NAP) entwickeln, aktualisieren und umsetzen, entweder als eigenständige Dokumente oder als Teil von nationalen Anpassungsplänen (NAP),
4. Aktionspläne für Gesundheit bei Hitze ausarbeiten und aktualisieren, um hitzebedingten Gesundheitsrisiken wirksam vorzubeugen, auf sie vorbereitet sein und angemessen antworten zu können, und gleichzeitig die Stadtplanung anpassen, um städtische Wärmeinseleffekte zu bewältigen, wobei Zuständigkeiten verschiedener staatlicher Ebenen berücksichtigt werden,
5. Vorschriften zur Gewährleistung klimafester Wasser- und Abwassersysteme schaffen und aktualisieren und gegebenenfalls Wiederverwendung von Abwasser fördern, wobei gesundheitliche Unbedenklichkeit und Schutz der Umwelt gewährleistet sein müssen,
6. Konzepte zur Risikominderung in Bezug auf Naturkatastrophen und klimaorientierte Gesundheitsfrühwarn- und Überwachungssysteme für Extremwetter und klimaabhängige Krankheitsausbrüche stärken,
7. gesundheitsfördernde Maßnahmen wie etwa erneuerbare und nichtfossile Energieversorgung, aktive Mobilität, verbesserte Abfallwirtschaft und gesunde und nachhaltige Ernährung unterstützen,
8. die Klimakompetenz von Fachkräften des Gesundheitswesens stärken und sie so befähigen, gegen Auswirkungen des Klimawandels auf die Gesundheit vorzugehen und sich sinnvoll an der Entwicklung von entsprechenden Konzepten im Gesundheitswesen zu beteiligen.

Wir wollen schnellere Fortschritte erzielen, indem wir folgende Maßnahmen in Betracht ziehen:

9. Einen Beitritt zur Allianz für transformative Maßnahmen zu Klimawandel und Gesundheit (Alliance for Transformative Action on Climate Change and Health – ATACH) und die Bildung einer regionalen Gemeinschaft für die Praxis europäischer Länder, die subregionalen Besonderheiten und Anfälligkeiten in Bezug auf den Klimawandel Rechnung trägt,
10. die Nutzung der von der EHTF eingerichteten Arbeitsgruppe "Gesundheit im Klimawandel" (Health in Climate Change – HIC) als Plattform für den Austausch von Erfahrungen und Innovationen, die Förderung von Instrumenten, die Verbreitung von Erkenntnissen, die Vorstellung bewährter Verfahren im Bereich Klimawandel und Gesundheit und die Förderung von Partnerschaften zwischen Ländern und Interessengruppen,
11. die Nutzung bestehender Initiativen und Plattformen, etwa des Europäischen Klima- und Gesundheitsobservatoriums, und Beiträge zu deren Arbeit,
12. das Setzen auf Empfehlungen der WHO u. a. zur Planung von Hitzemaßnahmen und für klimafeste und ökologisch nachhaltige Gesundheitseinrichtungen und der Aufbau und die verstärkte Zusammenarbeit mit einem breiten Spektrum aus Akteuren und Interessengruppen auf allen Leitungsebenen,

13. die Nutzung der EHP-Partnerschaft für Klimaschutz im Gesundheitswesen, die eine regionale gemeinsame Praxis schaffen soll, um die Länder in der Entwicklung klimafester, kohlenstoffarmer und ökologisch nachhaltiger Gesundheitssysteme im Einklang mit dem COP26-Gesundheitsprogramm und der ATACH-Initiative zu unterstützen.

Umweltverschmutzung

Warum dringend gehandelt werden muss

Die Verschmutzung von Luft, Wasser und Boden sowie die Belastung durch gefährliche Chemikalien, Lärm und andere physikalische Risikofaktoren (wie UV-Strahlung oder Radon) verursachen eine erhebliche Krankheitslast, deren Umfang noch nicht vollständig abgeschätzt werden kann. Eine Belastung durch verschiedene Arten der Umweltverschmutzung bedeutet für die Menschen viele Gesundheitsrisiken im gesamten Leben, trägt zur Krankheitslast durch nichtübertragbare und übertragbare Krankheiten bei und kann der Gesundheit sowohl kurz- als auch langfristig schaden. Zu den gesundheitlichen Auswirkungen zählen Herz-Kreislauf- und Atemwegserkrankungen, endokrine, immunologische und metabolische Störungen sowie Krebs. Umweltbelastungen können auch die kindliche Entwicklung beeinträchtigen und sich auf die psychische Gesundheit auswirken. Neben dringlichem Handeln gegen ein breites Spektrum gesundheitsschädlicher Stoffe, zu denen bereits gesicherte Erkenntnisse vorliegen und noch weitere hinzukommen, sind angesichts neuartiger sowie neu aufkommender Probleme wie etwa elektromagnetischer Strahlung Aufmerksamkeit und Gegenmaßnahmen auch für Mehrfachbelastungen durch Schadstoffe erforderlich.

Unser Engagement: Wir werden unsere Bemühungen fortsetzen und verstärken, um die erhebliche Krankheitslast durch verschiedene Formen der Umweltverschmutzung zu verringern, und uns dafür einsetzen, die Umweltbelastung zu verringern und negative Auswirkungen auf die Gesundheit in Zukunft zu verhindern durch:

14. Eine Aktualisierung der Konzepte und Maßnahmen, einschließlich der Überarbeitung und schrittweisen Verschärfung von Luftgütenormen unter Berücksichtigung der verfügbaren Technologien und wirtschaftlichen Bedingungen, um eine Verringerung der Belastung durch Luftverschmutzung und ihrer gesundheitlichen Folgen zu erreichen, im Verein mit Maßnahmen zur Verbesserung der Luftqualität, insbesondere durch die Bekämpfung der Ursachen,
15. die Unterstützung des Übergangs zur Erzeugung erneuerbarer Energien sowie des gleichberechtigten Zugangs zu diesen in Anerkennung ihrer entscheidenden Rolle für die Verringerung der Luftverschmutzung, die Abschwächung des Klimawandels und die Erzielung vielfältiger gesundheitlicher Vorteile,
16. eine Verbesserung der Luftqualität in Innenräumen zum Schutz der Gesundheit, mit besonderem Augenmerk auf Kinder und andere gefährdete Gruppen, etwa durch eine Betrachtung der Lüftungen in Schulen, der Chemikalien in Baumaterialien und Möbeln sowie die Verwendung von Brennstoffen in Haushalten und energetisch sanierten Wohnungen,
17. die Entwicklung und Umsetzung von Grundsätzen und Maßnahmen zur Verringerung der Belastung durch Umgebungslärm und die Erkundung des Nutzens von Maßnahmen zu Luftqualität und Umgebungslärm für Gesundheit und Wohlbefinden,
18. die Entwicklung und Umsetzung präventiver Regeln für Chemikalien samt ihrer Gemische und Abfälle auf nationaler und regionaler Ebene sowie im Rahmen internationaler und regionaler Übereinkommen und die Gewährleistung einer stärkeren Einbeziehung des Gesundheitswesens in eine rationale Chemikalien- und Abfallwirtschaft,

19. den verstärkten Einsatz zur Verringerung des Ausstoßes und der Freisetzung von Chemikalien in die Umwelt, insbesondere von persistenten und so genannten "ewigen" Chemikalien, Arzneimitteln, Pestiziden, Chemikalien mit endokriner Wirkung usw. durch gesetzliche und andere Maßnahmen zur Verringerung der Belastung und der Gesundheitsrisiken,
20. die Förderung und Nutzung von Human-Biomonitoring als wirksamer Stütze für Grundsätze und Maßnahmen zur Verhütung von Gesundheitsschäden aufgrund von Chemikalien durch Abbau der Belastung,
21. die Sicherung eines Zugangs zu gut ausgestatteten Vergiftungszentren, um Vergiftungen insbesondere vorbeugen und ggf. behandeln zu können und zu einem rationalen Chemikalienmanagement beizutragen,
22. die Verringerung der Wasserverschmutzung, u. a. durch Minimierung der Menge an unbehandeltem oder unzureichend behandeltem Abwasser und Klärschlamm, die in die Umwelt gelangt, und die Gewährleistung einer sicheren Wiederverwendung, wo dies möglich ist,
23. die Bewältigung der Umweltdimension von Resistenzen gegen antimikrobielle Wirkstoffe (AMR) durch den Versuch einer Minimierung der freigesetzten antimikrobiellen Mittel, Rückstände, resistenten Mikroorganismen und Gene sowie durch das Aufgreifen von Umweltaspekten in den nationalen AMR-Aktionsplänen und auch durch die Umsetzung des Konzepts "Eine Gesundheit",
24. den Ausbau und die Aufrechterhaltung der Kernkapazitäten des öffentlichen Gesundheitswesens für die Überwachung von Umwelt- und Gesundheitsgefahren und die Einrichtung einer umweltbezogenen Überwachung von Krankheitskeimen in Abwässern, um wirksam auf Ausbrüche und Zwischenfälle antworten und gesundheitspolitische Maßnahmen auf gesicherter Grundlage ergreifen zu können.

Wir wollen schnellere Fortschritte erzielen, indem wir folgende Maßnahmen in Betracht ziehen:

25. Die Anwendung der WHO-Leitlinien zu den Themen Luftqualität, Wasserqualität, sichere Abwasserwirtschaft, Umgebungslärm und Einrichtung von Vergiftungszentren als erkenntnisgestützte Bezugsrahmen für die Festlegung nationaler Standards oder Maßnahmen;
26. die Nutzung bestehender Plattformen wie der gemeinsamen Arbeitsgruppe von UNECE und WHO zu Gesundheitsaspekten der Luftverschmutzung im Rahmen des UNECE-Übereinkommens über weiträumige grenzüberschreitende Luftverunreinigung und der Instrumente zur Stärkung der Kapazitäten und Systeme zur Überwachung von Luftschadstoffen und zur Bewertung der gesundheitlichen Auswirkungen der Luftverschmutzung,
27. die Förderung der Schaffung eines internationalen Toxikovigilanz-Netzes und des Erfahrungsaustausches sowie der Erleichterung der gezielten Erkennung von Risiken in Verbindung mit neuen Verfahren und Produkten sowie seit langem verwendeten Stoffen,
28. die Unterstützung der Verabschiedung eines neuen Rahmens für einen rationalen Umgang mit Chemikalien und Abfällen auf der 5. Tagung der Internationalen Konferenz für Chemikalienmanagement (ICCM 5) und Beiträge zur Umsetzung der Empfehlungen der ICCM-Tagungen in der Europäischen Region,
29. die Förderung eines aktiven Engagements der WHO in der offenen Ad-hoc-Arbeitsgruppe, welche die Einrichtung eines wissenschaftspolitischen Gremiums unterstützen soll, um einen weiteren Beitrag zu einem rationalen Umgang mit Chemikalien und Abfällen zu leisten und Umweltverschmutzung zu verhindern, wie es in der auf der fünften Tagung der

Umweltversammlung der Vereinten Nationen im Jahr 2022 angenommenen Resolution UNEP/EA.5/Res.8 dargelegt wurde,

30. die Nutzung der EHP-Partnerschaft für Human-Biomonitoring als Mechanismus für eine innovativ erweiterte Überwachung der Belastung durch chemische Stoffe und ihre Gemische, Datenaustausch und Beiträge zur Risikobewertung von Chemikalien,
31. die Abstimmung der Arbeit mit dem (in Kürze erscheinenden) regionalen AMR-Fahrplan für die Europäische Region der WHO für 2023-2030.

Verlust an Biodiversität und Bodendegradation

Warum dringend gehandelt werden muss

Die Belege häufen sich, dass Veränderungen in der globalen Umwelt tiefgreifende negative Auswirkungen auf die Natur und die Biodiversität haben. Die Verflechtungen zwischen der Gesundheit von Menschen, Haus-, Wild- und Nutztieren, Pflanzen und Ökosystemen sowie die entscheidende Rolle, die der Verlust an Biodiversität, die Verschlechterung der Bodenqualität, der Klimawandel und die Umwelt als treibende Kräfte an der Schnittstelle Mensch, Tier und Umwelt spielen, werden inzwischen anerkannt. Der Raubbau an natürlichen Ressourcen hat enorme Auswirkungen auf die menschliche Gesundheit. Natur und Biodiversität bieten die Voraussetzung für menschliche Gesundheit und schützen sie zugleich durch wichtige Ökosystemleistungen, wie etwa hochwertige Grün- und Blauflächen zur Förderung der geistigen und körperlichen Gesundheit, sauberes Wasser, saubere Luft und saubere Böden sowie gesunde Lebensmittel. Die Erhaltung der Integrität natürlicher Ökosysteme ist von entscheidender Bedeutung für die Verhütung von zoonotischen und durch Vektoren übertragenen Krankheiten sowie Pandemien.

Unser Engagement: We will integrate nature and biodiversity in health policies and adopt the One Health approach interlinking policies and actions related to health of humans-animals-and ecosystems, while taking into account benefits and risk associated with human interaction with nature, by:

32. Den Erhalt, den Schutz, die Wiederherstellung und die nachhaltige Nutzung und Bewirtschaftung natürlicher Ökosysteme zum Schutz der menschlichen Gesundheit auch vor durch Vektoren übertragenen und zoonotischen Krankheiten,
33. die Förderung und Stärkung der Einbeziehung der Umweltdimension in die Operationalisierung des Konzepts "Eine Gesundheit",
34. die Überwachung von biologischen Partikeln und invasiven Arten, um Umwelt- und Gesundheitsfachleute sowie Öffentlichkeit, insbesondere empfängliche Personen, besser über das Risikoniveau informieren zu können.

Wir wollen schnellere Fortschritte erzielen, indem wir folgende Maßnahmen in Betracht ziehen:

35. Die Einbeziehung von Natur, Biodiversität und Gesundheit in unsere nationalen Handlungskataloge für Umwelt und Gesundheit,
36. die Nutzung des globalen Biodiversitätsrahmens 2022 von Kunming-Montreal unter dem Übereinkommen über die biologische Vielfalt einschließlich der Integration des Konzepts "Eine Gesundheit" in die nationalen Strategien und Aktionspläne zur biologischen Vielfalt (National Biodiversity Strategies and Action Plans – NBSAP),
37. die Nutzung der UNEA-5-Resolution "Naturnahe Lösungen zur Unterstützung einer nachhaltigen Entwicklung" unter Gewährleistung des Schutzes der menschlichen Gesundheit,

38. ie Nutzung der hochrangigen europäischen Konferenz zum Konzept "Eine Gesundheit" im Jahr 2024 für den Austausch von Erfahrungen und bewährten Praktiken, zur Förderung der Kooperation und Koordination zwischen allen relevanten Sektoren und Akteuren sowie zur Umsetzung des gemeinsamen Aktionsplans der vier Parteien für eine Gesundheit (2022-2026).

B. Bereitstellung unentbehrlicher Dienste und einer sicheren bebauten Umgebung für gesunde und widerstandsfähige Gemeinschaften

Warum dringend gehandelt werden muss

Die Bereitstellung unentbehrlicher öffentlicher Dienstleistungen und einer sicheren bebauten Umgebung sind von zentraler Bedeutung für die Prävention von Krankheiten und die Förderung von Gesundheit und Wohlbefinden. Sie sind entscheidend für die Stärkung der Widerstandsfähigkeit von Städten und Siedlungen gegenüber Umwelt- und Gesundheitsrisiken und für den gesundheitsförderlichen und umweltfreundlichen Wiederaufbau nach der Pandemie. Zu den unentbehrlichen öffentlichen Dienstleistungen in den Gemeinden gehören eine sichere, gerechte und nachhaltige Trinkwasserversorgung, Abwasserentsorgung und Hygieneeinrichtung, die sichere Bewirtschaftung von Abfällen und Abwässern sowie ein gesundheitsförderliches und nachhaltiges Verkehrswesen. Sie müssen alle erhalten, verbessert und angemessen ausgestattet werden. Eine nachhaltige und gesundheitsförderliche Gestaltung, Planung und Verwaltung der bebauten Umgebung dient der öffentlichen Gesundheit und einer gesunden Lebensweise. Es muss über verschiedene staatliche Ebenen hinweg gearbeitet werden, damit das Potenzial jeder Ebene maximiert wird.

Wasserversorgung, Abwasserentsorgung und Hygiene

Unser Engagement: Wir werden einen allgemeinen und gerechten Zugang zu sicherer Trinkwasserversorgung sowie Abwasserentsorgung und Hygieneeinrichtungen für alle Menschen in allen Lebensbereichen sichern und kontinuierliche Investitionen in die Aufrechterhaltung dieser Dienste fördern durch:

39. Die Aktualisierung von Konzepten eines risikobasierten Ansatzes für eine sichere und klimafeste Trinkwasserversorgung von der Quelle bis zum Verbraucher,
40. die Aktualisierung von Konzepten eines risikobasierten Ansatzes für eine sichere und klimafeste Abwasserentsorgung in ihrem gesamten Verlauf,
41. die Umsetzung nationaler Strategien zur allgemeinen Handhygiene, insbesondere in kommunalen Einrichtungen, und Förderung wirksamer Verhaltensänderungsmaßnahmen,
42. die Sicherstellung von Qualität durch eine bessere Wasserversorgung, Abwasserentsorgung und Hygiene in den Gesundheitseinrichtungen,
43. die Einführung von Maßnahmen zur Förderung der Menstruationsgesundheit und des Zugangs zu erschwinglichen Mitteln für die Menstruationshygiene.

Wir wollen schnellere Fortschritte erzielen, indem wir folgende Maßnahmen in Betracht ziehen:

44. Die Nutzung des Protokolls über Wasser und Gesundheit als regionales Grundsatzinstrument zur Unterstützung der Umsetzung von Verpflichtungen auf nationaler Ebene, wobei auch fachliche Instrumente und Ressourcen des Protokolls herangezogen werden,
45. die Einbeziehung der Empfehlungen der WHO-Leitlinien für Trinkwasserqualität und Abwasserentsorgung und Gesundheit etwa durch den Aufbau von Kapazitäten für die

- Umsetzung von Sicherheitsplänen für die Trinkwasserversorgung und Abwasserentsorgung (WSP und SSP) als Maßstab für Gesundheitspolitik zur konsequenten Gewährleistung einer sicheren Wasserversorgung und Abwasserentsorgung,
46. die Nutzung der WHO/UNICEF-Initiative "Handhygiene für alle" und die Förderung der Umsetzung auf nationaler Ebene durch deren Prinzipien und Instrumente,
 47. die Stärkung der Umsetzung der WHA-Resolution 2019 zu Wasserversorgung, Abwasserentsorgung und Hygiene in Gesundheitseinrichtungen einschließlich menstruationsbezogener Gesundheitsdienste unter Nutzung der einschlägigen Leitlinien und Empfehlungen der WHO.

Abfall und Altlasten

Unser Engagement: Wir werden Strategien und Rahmenbedingungen für eine sichere Bewirtschaftung von Abfällen und für die Ermittlung und Sanierung kontaminierter Standorte erstellen, um eine wirksame und sichere Umsetzung des Konzepts einer Kreislaufwirtschaft im Einklang mit den Übereinkommen von Basel, Rotterdam und Stockholm zu erreichen durch:

48. Die Gewährleistung der sicheren Einsammlung, Behandlung und Entsorgung von Abfällen und Förderung der Abfallvermeidung, wobei insbesondere gegen illegale und unkontrollierte Abfallentsorgung vorzugehen ist,
49. die Entwicklung geeigneter Systeme für die sichere Bewirtschaftung von Abfällen aus dem Gesundheitswesen, um Risiken infektiöser und anderer Art für die menschliche Gesundheit und die Umwelt zu vermeiden, und die Stärkung der entsprechenden nationalen Vorschriften und Normen,
50. die Weiterentwicklung und Umsetzung sicherer Verfahren zur Beseitigung von Altlasten und zur Sanierung solcher Standorte für eine sichere Nutzung durch den Menschen.

Wir wollen schnellere Fortschritte erzielen, indem wir folgende Maßnahmen in Betracht ziehen:

51. Die Durchsetzung von Regeln und die Überwachung von Emissionen, Ableitungen und Abfällen aus Wirtschaftstätigkeit,
52. die Umsetzung des WHO-Leitfadens für die sichere Bewirtschaftung von Abfällen aus der Gesundheitsversorgung.

Transport und Mobilität

Unser Engagement: Wir werden ein gesundes, sicheres, klimafreundliches und integratives Mobilitäts- und Transportwesen für alle fördern und gleichzeitig Ungleichheiten abbauen auch in und unter den Städten und ländlichen Gebieten durch:

53. Die Entwicklung und Umsetzung nationaler und internationaler Konzepte und Strategien zur Förderung einer gesunden, sicheren, klimafreundlichen und aktiven Mobilität einschließlich der Umstellung auf emissionsfreie Verkehrssysteme und Mobilitätsmanagement,
54. die Schaffung günstiger Bedingungen und die Planung sicherer Infrastrukturen für Gehen und Radfahren, die von allen Bevölkerungsgruppen genutzt werden können,
55. das Anstreben eines geringeren Flächenverbrauchs durch den motorisierten Straßenverkehr und Parkplätze,
56. die Förderung sauberer, zuverlässiger, zugänglicher, erschwinglicher und hochwertiger öffentlicher Verkehrsmittel.

Wir wollen schnellere Fortschritte erzielen, indem wir folgende Maßnahmen in Betracht ziehen:

- 57. Die Förderung von Initiativen für ein nachhaltiges Transport- und Mobilitätswesen,
- 58. die Nutzung und Stärkung von Aktivitäten und Partnerschaften im Rahmen von THE PEP sowie die Umsetzung der Wiener Erklärung, die auf der Fünften hochrangigen Tagung über Verkehr, Gesundheit und Umwelt angenommen wurde,
- 59. die Lenkung von Investitionen, steuerlichen Anreizen und grünen Finanzierungsinitiativen in Richtung eines nachhaltigen Transport- und Mobilitätswesens,
- 60. die Förderung und Unterstützung von Partnerschaften für gesunde und nachhaltige Mobilität,
- 61. die Nutzung der erweiterten THE PEP/EHP-Partnerschaft für gesunde aktive Mobilität zur Schärfung des Fokus auf die Gesundheit und die Einbeziehung des Gesundheitswesens in diese Bemühungen.

Planung der bebauten Umgebung

Unser Engagement: Wir werden in enger Partnerschaft mit Städten und Regionen zusammenarbeiten, um grüne, gesunde, widerstandsfähige und gerechte Rahmenbedingungen zum Nutzen aller Bürger zu fördern, und dabei über verschiedene staatliche Ebenen hinweg zusammenarbeiten, um die konzeptionelle Kohärenz und Synergien zwischen den verschiedenen Ebenen zu maximieren durch:

- 62. Die Umsetzung von naturnahen Lösungen und Ansätzen der Kreislaufwirtschaft, Förderung nachhaltiger Investitionen in Raumplanung und klimafreundliche Infrastruktur,
- 63. die Begrenzung von Bodenversiegelung in städtischen, vorstädtischen und ländlichen Gebieten und Maßnahmen gegen die Zersiedelung,
- 64. die Verringerung der Umweltbelastung einschließlich Lärmbelästigung,
- 65. die Förderung der Dekarbonisierung städtischer Prozesse,
- 66. die Ausweitung von Grün- und Blaflächen.

Wir wollen schnellere Fortschritte erzielen, indem wir folgende Maßnahmen in Betracht ziehen:

- 67. Die Nutzung bestehender WHO-Instrumente und -Konzepte,
- 68. die Einbeziehung der Abschätzung von Umwelt- und Gesundheitsfolgen in Entscheidungs- und Planungsprozesse durch Nutzung des Protokolls über strategische Umweltverträglichkeitsprüfung im Rahmen des Espoo-Übereinkommens über die Umweltverträglichkeitsprüfung im grenzüberschreitenden Rahmen und durch den Einsatz von Instrumenten wie der Gesundheitsfolgenabschätzung,
- 69. die Umsetzung stadtbezogener Maßnahmen aus internationalen Verpflichtungen (wie der Agenda für nachhaltige Entwicklung, der Neuen Städteagenda, dem Pariser Übereinkommen und dem Sendai-Rahmen),
- 70. die Weiterentwicklung der von der Arbeitsgruppe zur Kooperation lokaler und subnationaler Behörden (CoLSA) durchgeführten Arbeiten zur politischen Koordinierung verschiedener Entscheidungsebenen, möglicherweise auch im Rahmen einer neuen EHP-Partnerschaft.

C. Stärkung der Leitung, der sektorübergreifenden Zusammenarbeit, der Humanressourcen und des Wissens im Bereich von Gesundheit und Umwelt
dringend gehandelt werden muss

Die Überwindung von Covid-19 und die Bewältigung der dreifachen Krise erfordern eine echte Transformation. Darüber hinaus ist ein gesamtgesellschaftlicher Ansatz erforderlich, der eine wirksame Zusammenarbeit zwischen den staatlichen Bereichen auf nationaler, subnationaler und lokaler Ebene umfasst. Die Verantwortlichen und Fachleute aus dem Umwelt- und Gesundheitsbereich brauchen angemessene Zuständigkeiten, Kenntnisse und Werkzeuge, um den umwelt- und klimabedingten Gesundheitsgefahren begegnen und den gesellschaftlichen Nutzen einer gesunden Umwelt fördern zu können. Forschung und Innovation müssen schneller umgesetzt werden.

Unser Engagement: Wir werden die Wechselbeziehungen im Bereich Umwelt und Gesundheit stärken unter anderem durch:

71. Die Förderung einer transformativen Leitung für Umwelt und Gesundheit durch Stärkung der Mechanismen und Instrumente für die sektorübergreifende Zusammenarbeit,
72. die Vorbereitung der Arbeitskräfte im Bereich Umwelt und Gesundheit auf die Bewältigung der mit der dreifachen Krise verbundenen Herausforderungen;
73. die Förderung von Forschung und Innovation zur Bewältigung von Umwelt- und Gesundheitsproblemen, etwa durch das Aufzeigen neu auftretender Probleme, die der menschlichen Gesundheit schaden können, etwa die Plastikvermüllung, und von Wissenslücken, die Förderung von Forschungsarbeiten zu deren Bewältigung und die Umsetzung wissenschaftlicher Erkenntnisse in politische Ansätze und Maßnahmen.

Wir wollen schnellere Fortschritte erzielen, indem wir folgende Maßnahmen in Betracht ziehen:

Leitungsebene:

74. Veranstaltung und Unterstützung nationaler sektorübergreifender Grundsatzgespräche, Erfahrungsaustausch zwischen den Ländern und Maßnahmen in den Ländern mit dem Ziel, die Umsetzung der in dieser Erklärung eingegangenen Verpflichtungen zu erleichtern, und Verfügbarmachung erkenntnisgestützte Leitlinien und Werkzeuge über ein Webportal,
75. Einberufung einer Tagung leitender Beamter zu Leitungsfunktionen und Kapazitäten für Umwelt und Gesundheit bis Ende 2024, um die Ermittlung bewährter Praktiken auf Leitungsebene sowie in der sektorübergreifenden Zusammenarbeit zu fördern und Informationen über Möglichkeiten und Hindernisse für eine nachhaltige und gerechte Entwicklung auf nationaler Ebene auszutauschen,
76. Einrichtung eines Kurses für Führungskräfte im Umwelt- und Gesundheitsbereich zum Thema Leitungsfunktionen für politisch Verantwortliche und erfahrene Praktiker zum Zweck der Fortbildung und des Erfahrungsaustausches und zur Förderung der Leitungsfunktionen im Umwelt- und Gesundheitsbereich,
77. Förderung der Bewusstseinsbildung, des effektiven und umfassenden Zugangs zu Informationen, der Öffentlichkeitsbeteiligung an der Entscheidungsfindung und des Zugangs zu Gerichtsprozessen für Umweltthemen, die sich auf die Gesundheit auswirken, insbesondere unter Berücksichtigung der Gesundheit von Kindern und Jugendlichen, in Übereinstimmung mit dem Übereinkommen von Aarhus;
78. Nutzung einschlägiger subregionaler Plattformen wie des WHO-Fahrplans für Gesundheit und Wohlbefinden für den Westbalkan und Zentralasien, der Initiative kleiner Länder und

des Arktischen Rates zur Förderung des Erfahrungsaustausches zwischen Ländern mit ähnlichen subregionalen Prioritäten und Bedürfnissen,

Fähigkeiten:

79. Nutzung des Bonner Seminars für Umwelt und Gesundheit zur Koordinierung einer Initiative zur Überprüfung bestehender Berufsprofile für Umwelt und Gesundheit und zur Ausarbeitung von Empfehlungen bis Ende 2025, die von den Mitgliedstaaten bei der Entwicklung ihrer eigenen Berufsprofile für Umwelt und Gesundheit in Betracht gezogen werden können,
80. Überzeugungsarbeit für eine Zusammenarbeit der zuständigen Ministerien und nationalen Partner zur Erstellung, Überprüfung, Aktualisierung und Priorisierung von Bildungs- und Ausbildungsprogrammen für Jugendliche sowie Lehrpläne für Umwelt und Gesundheit,
81. Förderung der Einführung von Lernprogrammen, die Umweltaspekte in die Lehrpläne für Angehörige der Gesundheitsberufe einbeziehen,
82. Nutzung von Programmen und Projekten, die in der gesamten Europäischen Region der WHO und in der Europäischen Union durchgeführt werden und sich mit dem Mangel an Fachkräften und Qualifikationen, mit Bildung und Ausbildung sowie mit innovativen Forschungsinitiativen zu bestehenden und neu entstehenden Umwelt- und Gesundheitsrisiken befassen,

Forschung und Innovation:

83. Nutzung von Möglichkeiten zum Austausch wissenschaftlicher Informationen und Erkenntnisse über Zusammenhänge zwischen dem Verfall der Ökosysteme, dem Klimawandel und dem Verlust an Biodiversität sowie dem Auftreten und der Verbreitung von Infektionskrankheiten.

ANHANG 2

AUFGABENBEREICH DER EHP-PARTNERSCHAFTEN

I. Einleitung

Die Bewältigung bestehender und neuer Herausforderungen im Bereich Umwelt und Gesundheit erfordert zusätzliche, gemeinsame kraftvolle Anstrengungen und konkrete Verfahren für eine bessere Koordinierung und Kooperation unter Anerkennung des Umstandes, dass einzelne Länder unterschiedliche Prioritäten im Bereich Umwelt und Gesundheit haben, welche die länderspezifischen politischen, wirtschaftlichen, sozialen, kulturellen und natürlichen Gegebenheiten widerspiegeln.

Daher wird auf der siebten Ministerkonferenz Umwelt und Gesundheit ein neuer flexibler thematischer handlungsorientierter Mechanismus – die "EHP-Partnerschaften" – auf den Weg gebracht, der die Umsetzung der in dieser Erklärung eingegangenen Zusagen erleichtern soll.

II. Aufgabenbereich der EHP-Partnerschaft

Die EHP-Partnerschaft dient folgenden Zwecken:

1. Unterstützung der Umsetzung der EHP-Zusagen auf nationaler und internationaler Ebene durch Förderung der Zusammenarbeit und des Wissensaustausches zwischen Partnern, die an der gemeinsamen Bewältigung spezifischer Umwelt- und Gesundheitsprobleme interessiert sind,
2. Stärkung der Eigenverantwortung potenzieller Partner, die eng in die Arbeit unter dem Dach der Partnerschaft eingebunden werden sollen,
3. Erleichterung der Aufbringung personeller und finanzieller Mittel zur Durchführung konkreter Aktivitäten auf nationaler, subnationaler und lokaler Ebene.

Die Partnerschaften können Länder und andere Partner in ihren Bemühungen um die Umsetzung der Budapester Erklärung zusammenführen. Zu Aktivitäten im Rahmen der Partnerschaften könnten Projekte, der Aufbau von Kapazitäten, Schulungen, Veranstaltungen sowie die Verbreitung und Übernahme einschlägiger WHO-Normen und -Standards und von Instrumenten und Methoden zur Bewertung der gesundheitlichen Auswirkungen umweltbedingter Risikofaktoren und zur Überwachung der Fortschritte bei deren Bewältigung, die Ermittlung bewährter Verfahren und die Dokumentation von Fallstudien gehören.

Im Rahmen der Partnerschaften würden Länder und Interessengruppen zusammenarbeiten, die an der Bewältigung bestimmter Herausforderungen interessiert sind, und sich gegenseitig fachlich unterstützen sowie Wissen und Erfahrung austauschen, auch im Hinblick auf die Stärkung der Institutionen.

Die EHP-Partnerschaften würden die folgenden Hauptfunktionen übernehmen:

- a) umsetzung und Verbreitung von Leitlinien, Methoden, Instrumenten und Schulungspaketen für integrierte Ansätze in der Gesundheits- und Umweltpolitik,
- b) Förderung des Kapazitätsaufbaus und der Ausbildung sowie des Austauschs von Know-how und Fachwissen, möglicherweise mit Schwerpunkt auf den Bedürfnissen von Ländern mit niedrigem und mittlerem Einkommen,
- c) Bereitstellung fachlicher Hilfe auf nationaler und subnationaler Ebene für die Entwicklung, Umsetzung und Bewertung integrierter politischer Konzepte und die Anwendung der entwickelten Leitlinien, Methoden und Instrumente,

- d) Erkundung der Machbarkeit einer projektbezogenen subregionalen Zusammenarbeit einschließlich der gemeinsamen Nutzung von Fachbetrieben und Fachwissen,
- e) Erarbeitung unterstützender Materialien und Förderung der Forschung und Verbreitung der Ergebnisse,
- f) Angebot internationaler Überzeugungs- und Zusammenarbeit,
- g) Unterstützung des Informationsaustausches und deutlichere Sichtbarkeit des EHP.

Die EHP-Partnerschaften sollten bestrebt sein, Synergieeffekte mit laufenden ähnlichen Aktivitäten innerhalb des EHP oder anderer Rahmen zu schaffen und so einen Mehrwert für gemeinsame Ziele beizusteuern.

III. Leitungsstruktur der EHP-Partnerschaften

Each Partnership will have a lead country/s and/or organisation/s from the EHP members. The Partnership can include representatives of other EHP members, as well as other intergovernmental organizations, international financial institutions, local authorities, non-governmental organizations, private sector, academic and professional associations, and research institutions, of relevance to the All partners commit to actively participating in partnership activities in accordance with their respective needs and capacities. Jede Partnerschaft wird von einem federführenden Land und/oder einer Organisation aus der EHP-Mitgliedschaft geleitet. Der Partnerschaft können Vertreter anderer EHP-Mitglieder angehören sowie anderer zwischenstaatlicher Organisationen, internationaler Finanzinstitutionen, lokaler Behörden, nichtstaatlicher Organisationen, des Privatsektors, akademischer und beruflicher Vereinigungen und Forschungseinrichtungen, die für das EHP von Bedeutung sind¹. Alle Partner verpflichten sich, sich entsprechend ihren jeweiligen Bedürfnissen und Möglichkeiten an den Partnerschaftsaktivitäten zu beteiligen.

Die EHP-Partnerschaften werden per EHTF-Beschluss eingerichtet. Die federführenden Länder und/oder Organisationen füllen das nachfolgende EHP-Partnerschaftsformular aus und legen es dem Sekretariat zur Genehmigung durch die EHTF vor.

Wenn Vorschläge für neue Partnerschaften in der Zeit zwischen den jährlich stattfindenden EHTF-Tagungen eingereicht werden, können sie per Online-Konsultation der EHTF genehmigt werden. Die EHTF kann auch ihr Präsidium beauftragen, diese in ihrem Namen zu genehmigen.

Neue Partner können einer Partnerschaft jederzeit beitreten. Gegebenenfalls sollte das federführende Land bzw. die federführende Organisation ein geprüftes Partnerschaftsformular beim EHP-Sekretariat einreichen, das darauf die EHTF zur Genehmigung in Kenntnis setzt.

Die Partnerschaften arbeiten im Rahmen der EHTF und ihre Aktivitäten müssen von der EHTF genehmigt werden.

Das federführende Land bzw. die federführende Organisation wird der EHTF regelmäßig über erzielte Fortschritte berichten.

Das federführende Land/die federführenden Länder und/oder die federführende(n) Organisation(en) haben die uneingeschränkte Befugnis, die Arbeit der Partnerschaft zu leiten. Insbesondere wird von ihnen erwartet:

- Kontakte zu den Mitgliedern der Partnerschaften, einschließlich der Mitgliedstaaten, zwischenstaatlichen, nichtstaatlichen und anderen Organisationen herzustellen und zu pflegen,

¹ Die Teilnahme nichtstaatlicher Akteure kann zum Gegenstand einer Bewertung gemäß WHO-Rahmen für die Zusammenarbeit mit nichtstaatlichen Akteuren werden.

- einschlägige Sachverständige zu benennen und einzubinden, welche die Arbeit der Partnerschaft unterstützen,
- Tagungen der Partnerschaft und Folgeaktivitäten zu organisieren,
- Tagesordnungen, Fachtexte, Sitzungsberichte und Veröffentlichungen vorzubereiten,
- regelmäßig an die EHTF zu berichten,
- die Arbeit der Partnerschaft auf einschlägigen zwischenstaatlichen Veranstaltungen vorzustellen,
- Maßnahmen der Mittelbeschaffung zu unterstützen.

Die Finanzierung der Aktivitäten der Partnerschaften, einschließlich der Organisation von Tagungen, der Finanzierung der Teilnahme an Tagungen und Veranstaltungen sowie der Übersetzungs- und Dolmetscherkosten, erfolgt ausschließlich auf freiwilliger Basis und ist auf die spezifischen Umstände und die Verfügbarkeit von Ressourcen zugeschnitten.

Das WHO-Sekretariat wird die Partnerschaften unterstützen, indem es Beiträge zu deren Aufgabenbereich und Arbeitsprogramm liefert, um so für Abstimmung und Synergieeffekte mit einschlägigen Konzepten, Prioritäten und Initiativen der WHO zu sorgen. Die WHO wird einschlägige Leitlinien, Methoden und Instrumente zur Verfügung stellen und auch Beiträge in Form einschlägigen Fachwissens und fachlicher Unterstützung in Betracht ziehen.

Der Aufgabenbereich kann jederzeit durch Beschluss der EHTF geändert werden.

EHP-Partnerschaftsformular

1. Name der Partnerschaft

2. Federführendes Land bzw. federführende Organisation

3. Partner

4. Zielsetzungen

5. Beschreibung (max. 200 Wörter)

6. Erwartete Ergebnisse

7. Ggf. zusätzliche Informationen/Dokumente